

Legenden und Fakten im Transformationsprozeß¹

Klaus Schroeder

Der Zusammenbruch der DDR im Jahre 1989/90, der sich im nachhinein als Konsequenz eines schleichenden Niederganges von Wirtschaft und Ideologie darstellt, und die darauffolgende schnelle deutsche Vereinigung traf die Bevölkerung in den beiden deutschen Staaten unvorbereitet. Während sich eine breite Mehrheit der DDR-Bevölkerung in dem durch die sowjetische Präsenz scheinbar unüberwindbaren DDR-Sozialismus eingerichtet hatte, zeichneten westliche DDR-Forscher und einige meinungsbildende Medien das Bild eines politisch und sozial stabilen und ökonomisch sogar prosperierenden Landes. Die westdeutsche politische Klasse hatte bis auf einige Ausnahmen die Vision der deutschen Einheit in Sonntagsreden verbannt, und der alternde Diktator sah die Mauer noch 100 Jahre stehen.

Der Druck zur schnellen Vereinigung ging von der ostdeutschen Bevölkerung und vor allem vom sogenannten einfachen Volk aus, das sich hiervon den lang vermißten Wohlstand und individuelle Freiheiten versprach. Der Bundesregierung unter Helmut Kohl und der neugewählten DDR-Regierung unter Lothar de Maizière gelang es, die deutsche Vereinigung in den europäischen Integrationsprozeß einzubetten und die Zustimmung der ehemaligen Siegermächte einzuholen. Diese Politik stieß auf erbitterten Widerstand der westdeutschen Opposition, von Teilen der SPD und den Grünen, der alten SED-Eliten und auch einem großen Teil der DDR-

Bürgerrechtsgruppen, die anfangs generell gegen die Vereinigung und später gegen den unverzüglichen Beitritt der DDR nach Art. 23 votiert hatten. Das prinzipielle Mißtrauen gerade in intellektuellen Kreisen in Ost und West gegen die Vereinigung stellte von Beginn an eine erhebliche Hypothek für die Vereinigungspolitik dar. Eine zweite schwere Hypothek bestand darin, daß vor allem die wirtschaftliche Ausgangslage in Ostdeutschland und die ökonomischen Kosten Vereinigung falsch eingeschätzt bzw. zu positiv gesehen wurden. Die materielle Erblast der SED-Diktatur bestand nicht nur in einer maroden Infrastruktur, unterschätzten Umweltschäden, sanierungsreifen Altstadtkernen etc., sondern auch in Produktionsanlagen, die zum größten Teil technisch veraltet und verschlissen waren. Der Produktivitätsabstand zwischen der ost- und der westdeutschen Industrie ging über die von Skeptikern geschätzten 40% bis 50% noch hinaus und dürfte zwischen 70% und 80% gelegen haben. In der Produktionsstruktur wie in der Verteilung der Beschäftigten auf Sektoren hatte die DDR 1989 erst das Niveau der Bundesrepublik von 1965 erreicht.

Beurteilungsmaßstäbe und Alternativen

Nur wer diese Ausgangslage berücksichtigt, kann die Erfolge und Mißerfolge des Vereinigungsprozesses angemessen beurteilen. Hieran ändern auch nichts die wirklichkeitsfremden und heute bei keinem kabarettistischen Auftritt fehlenden Bemerkungen von den „blühenden Landschaften“ und der „Portokasse“, aus der der ostdeutsche Wiederaufbau bezahlt werden sollte. Die Entscheidung zur schnellen Vereinigung wie auch die Mittel und Ziele der Vereinigungspolitik waren politisch motiviert und wurden gegen den Rat der meisten Ökonomen durchgesetzt. Die Umstellung der Löhne und Renten im Verhältnis 1 : 1 und der gewählte Kurs für die Sparguthaben, der für die breite Masse der Bevölkerung ebenfalls eine ähnliche Tauschrelation bedeutete, zielte auf die soziale Angleichung als oberste politische Priorität und vernachlässigte den notwendigen wirtschaftlichen Aufholprozeß. Eine ökonomische

¹ Vortrag vor der Enquete-Kommission "Überwindung und Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit" des Deutschen Bundestages in Dresden am 4.3.1997. Die in dieser Rede angegebenen Zahlen sind entnommen aus: Heering, Walter/ Schroeder, Klaus: Transformationsprozesse in ostdeutschen Unternehmen. Akteursbezogene Studien zur ökonomischen und sozialen Entwicklung in den neuen Bundesländern, Berlin 1995.

misch "angemessenere" Vereinigungspolitik, wie sie insbesondere Lafontaine forderte, hätte auf jeden Fall geringere Löhne und Sozialtransfers und damit wahrscheinlich auch eine verstärkte Wanderung von Ost nach West bedeutet. Die Bevölkerung bestätigte den eingeschlagenen Kurs in der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Jahre 1990 eindrucksvoll und lehnte die von der SPD vorgeschlagene alternative Vereinigungspolitik ab.

Eingedenk der anfänglichen Euphorie konnte der anschließend verstärkt um sich greifende "Katzenjammer" allerdings kaum ausbleiben: In Westdeutschland waren viele der Meinung, weitgehend unberührt von den Vorgängen im Osten wie bisher weiterleben zu können. Inzwischen ist hier die "nationale Rührseligkeit" der schmerzlichen Erkenntnis gewichen, sich auf einen kostspieligen Tauschhandel eingelassen zu haben. In Ostdeutschland erwarteten viele offensichtlich eine Art Symbiose, in der die jeweiligen individuellen Vorteile beider Systeme bei Vermeidung ihrer jeweiligen individuellen Nachteile zusammengefügt würden: Wohlstand und Freiheit à la BRD, soziale Versorgung und Abgeschirmtheit à la DDR, so stellten sich viele die Zukunft vor. Richtig ist, daß ost- wie westdeutsche Erwartungshaltungen und Ungeduld durch die Unbekümmertheit westlicher Entscheidungsträger noch verstärkt wurden. Dies mag man kritisieren, rückblickend hatte freilich gerade diese Naivität auch ihr Gutes: Ohne den überschäumenden Optimismus der ersten Stunde und die damit einhergehende Unterschätzung der anstehenden Vereinigungs- und Transformationsprobleme hätten grundsätzliche Entscheidungen und Weichenstellungen kaum mit dem Elan und der Entschlossenheit getroffen werden können, die angesichts des objektiven Zeitdruckes notwendig waren. Es erscheint mir durchaus als offene Frage, ob eine "realistischere" Einschätzung und ein langsamerer Angleichungsprozeß per Saldo zu einem "besseren" Resultat geführt hätten. Auf jeden Fall hätte sich der soziale (materielle) Anpassungsprozeß ganz wesentlich verzögert, und eine Fülle anderer -

vielleicht schwerwiegenderer - Probleme wäre aufgetreten.

Gewinner und Verlierer

Wie bei jeder revolutionären Umwälzung der Verhältnisse gibt es Gewinner und Verlierer, wobei nicht alle gleichermaßen die neu gewonnene individuelle und politische Freiheit zu schätzen wissen, dazu waren die Ausgangsbedingungen zu unterschiedlich. Auch führen unterschiedliche Lebensplanungen und soziale Lagen zu anderen Sichtweisen. Was einige als Gewinn betrachten, ist für andere ein Verlust.

Die alte Machtelite und die ihr verbundenen privilegierten Schichten, die für die 45jährige Geschichte der Diktatur in Ostdeutschland verantwortlich zeichnen, haben an Status und Prestige verloren. Jenseits der obersten, ohnehin im Rentenalter befindlichen Führungsschicht haben jedoch nicht gerade wenige von ihnen es vermocht, sich unter den neuen Verhältnissen bestens einzurichten. Durch noch weitgehend ungeklärte Finanztransfers, weiterbestehende Beziehungen und Netzwerke und auch durch die Hilfe westdeutscher "Fachleute" zur Realisierung einer schnellen D-Mark gelang es ihnen, vor allem im Wirtschaftssektor Fuß zu fassen. Materielle Vorteile haben auch viele, die der DDR im Staatsdienst treu dienten und nach der Übernahme in gesicherte Beschäftigungspositionen im vereinten Deutschland nun lauthals ihre Diskriminierung beklagen. Es überrascht schon, mit welcher Dreistigkeit viele Helfershelfer der SED-Diktatur die Vereinigung als Kolonialisierungsprozeß beschreiben und ihre eigene Rolle verdrängen. Solche Sichtweisen mögen in Ost-Berlin häufiger vorkommen als in Sachsen, sie sind aber gerade für Teile der "Intelligenz" charakteristisch.

Zu den Gewinnern der Einheit zählen vor allem all jene, die in der DDR politischer Verfolgung ausgesetzt oder in ihren individuellen Entwicklungsmöglichkeiten eingeschränkt oder gehindert waren. Das gilt zumindest für die immaterielle bzw. ideelle Seite; gleichwohl skandalös erscheint, daß gerade viele ehemalige Oppositionelle in

der DDR heute wieder, gerade auch materiell, ausgegrenzt werden. Für viele Ältere, die unter der Diktatur gelitten haben, kam deren Ende zu spät, als daß sie beruflich hätten neu beginnen können. Aber zumindest profitierten sie wie die Rentner allgemein von der schnellen Übertragung des westdeutschen Sozialsystems. Die Rentner - soweit sie nicht zu den privilegierten obersten Berufsgruppen von Partei und Staat zählten - gehören zweifelsohne fast alle zu den Gewinnern der Einheit, zumal sich ihr Lebensstandard dem ihrer westdeutschen Altersgenossen inzwischen weitgehend angeglichen hat. Sie müssen in ihrer überwiegenden Mehrzahl nicht mehr wie in der DDR ihren Lebensabend in armseligen Verhältnissen verbringen. Erinnert sei daran, daß die durchschnittlichen Altersrenten nur etwa 30% bis 40% des durchschnittlichen Arbeitseinkommens betragen, währenddessen sie heute auf 60% bis 70% angestiegen sind. Trotz mancher Irritation und Umstellungsschwierigkeiten haben auch die meisten Jugendlichen durch die Einheit an Entwicklungsmöglichkeiten und Perspektiven gewonnen. Sie müssen sich nicht mehr den gleichgeschalteten Institutionen und Ritualen sowie der zentralistisch vorgeplanten und gesteuerten Ausbildungs- und Berufslenkung unterwerfen, sondern können Bildungsweg und berufliche Perspektive - soweit Begabung und Ausbildungsplätze vorhanden sind - frei wählen. Allerdings verführt die neugewonnene Freiheit einige zum Mißbrauch derselben.

Ansonsten stehen die Arbeitsplatzbesitzer durchweg auf der Sonnenseite der Vereinigung, während vor allem die Langzeitarbeitslosen trotz der sozialen Sicherungssysteme dem Vereinigungsprozeß naturgemäß eher skeptisch gegenüberstehen. Der Verlust sicher geglaubter Lebensweisen, der mehr oder weniger alle zumindest zwischenzeitlich betroffen hat, wiegt für sie um so schwerer. Doppelt getroffen sind Familien, in denen beide Partner arbeitslos sind und die langfristig im neuen System an oder unter die Armutsgrenze gedrängt werden. Allerdings handelt es sich hierbei

bisher nur um eine eng begrenzte soziale Gruppe, die 3% der Bevölkerung nicht übersteigen dürfte. Die Entwertung ihres sozialen und kulturellen Kapitals trifft besonders die Altersgruppe, die unter den gegebenen Arbeitsmarktbedingungen zu alt für einen Neubeginn und zu jung für den Vorruhestand ist. Es ist die Generation derjenigen, die zum Zeitpunkt der Vereinigung zwischen 45 und 55 Jahre alt war. Für die an Arbeit gewöhnten Vorruheständler bringt die vergleichsweise materielle Besserstellung als Frührentner nur eine bescheidene Kompensation für den Verlust der Arbeit, die in der DDR stärker als in der Bundesrepublik für viele mehr als einen Gelderwerb darstellte. Bei ihnen ist der Preis der Freiheit ein Verlust an Identität, der nur schwer zu überwinden ist. So stellt sich die Frage nach den Verlierern und Gewinnern der Einheit in der Realität weniger deutlich, da die meisten gewonnen **und** verloren haben. Dabei fallen die Antworten, was schwerer wiegt, individuell verschieden aus. Jedenfalls trifft es nicht zu, daß - außer der kleinen Gruppe ehemals Privilegierter - bestimmte Personengruppen als eindeutige Verlierer des Vereinigungsprozesses zu bezeichnen wären. Diesbezügliche Aussagen basieren zumeist auf falschen Voraussetzungen, statistischen Verzerrungen etc. Am Beispiel der Frauen, die von vielen als **die** Verlierer des Vereinigungsprozesses bezeichnet werden, möchte ich dies nachfolgend aufzeigen.

Frauen als Verliererinnen der Einheit?

Bekanntlich war die Erwerbsbeteiligung von Frauen in der DDR wie in allen sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas außerordentlich hoch. An diese Größenordnungen reichten lediglich einige skandinavische Länder heran, deren Frauenerwerbstätigkeit allerdings einen hohen Teilzeitanteil enthält und somit mit der sozialistischen Staaten nicht vergleichbar ist. Die marxistisch-leninistische Ideologie beschränkte die Gleichberechtigung von Frauen auf ihre Gleichstellung im Produktionsprozeß. Die hohe Frauenbeschäftigung war vor allem ökonomisch motiviert, da aufgrund der geringen wirtschaftlichen

Produktivität die Frauen als Arbeitsreserve mobilisiert werden mußten. Hinzu kam, daß die aufgrund der niedrigen Produktivität entsprechend niedrige Entlohnung für die übergroße Mehrheit der Familien die Erwerbstätigkeit beider Partner erzwang, um einen annehmbaren Lebensstandard zu erreichen. Da die tradierte Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen in der Familie in der DDR nicht aufgebrochen wurde, trugen aber vor allem die Frauen die Doppelbelastung von Berufstätigkeit und Familienarbeit. Frauen waren auch in der DDR häufig unterqualifiziert eingesetzt oder den unteren Lohngruppen zugeordnet, und sie blieben in Führungspositionen eher die Ausnahme. Diese strukturellen Benachteiligungen schlugen im Transformationsprozeß durch, allerdings nicht in dem Ausmaß, daß es berechtigt wäre, von den Frauen als den Hauptverliererinnen der Einheit zu sprechen. Eine nüchterne Analyse der vorliegenden Daten zur Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland zeigt, daß der Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit insgesamt längst nicht die Dramatik zukommt, die ihr in der öffentlichen und Teilen der wissenschaftlichen Diskussion zugewiesen wird. Tatsächlich ist der Frauenanteil an den Beschäftigten von 1989 bis 1996 aus drei Gründen nur geringfügig gefallen. Zum einen hatte die DDR-Statistik den Frauenanteil überzeichnet, da sie den sogenannten X-Bereich, d.h. den Sicherheitsbereich, in dem vornehmlich Männer beschäftigt waren, ausgeklammert hatte. Daneben ist der Anteil der Frauen an den sogenannten Westpendlern, d.h. denjenigen, die in Ostdeutschland leben und im Westen arbeiten, aufgrund der familiären Arbeitsteilung gering. Schließlich ist die Erwerbsneigung von Frauen wahrscheinlich aufgrund gewachsener Konsumwünsche unmittelbar nach 1989 noch angestiegen. In dem Maße, wie Frauen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und den § 249h Maßnahmen sowie in der Fortbildung und Umschulung stärker beteiligt wurden, ging ab Ende 1994 auch ihr Anteil an den Arbeitslosen stark zurück, und zwar von knapp 67% (November 1994) auf etwa 57% (Dezember 1996). Aus den genannten Gründen sind Frauen auf

dem Arbeitsmarkt nur geringfügig stärker benachteiligt - vor allem bei Neueinstellungen und gerade nicht bei Entlassungen - als ihre männlichen Kollegen. Dies ändert im übrigen nichts an der Benachteiligung von Frauen in der Gesellschaft allgemein und im Beschäftigungssystem im besonderen, nur gab es solche Diskriminierungen in der alten Bundesrepublik ebenso wie in der DDR. Was sich in Ostdeutschland derzeit vollzieht, ist der Wechsel von einer Diskriminierungsform in eine andere. Aber was als besondere Benachteiligung von Frauen bezeichnet wird, ist bei näherem Hinsehen nur die ungeheure Wucht des ökonomischen Umstrukturierungsprozesses, der Frauen und Männer annähernd gleich trifft.

Soziale Angleichungsprozesse

Der materielle Angleichungsprozeß zwischen Ost und West ist wesentlich weiter fortgeschritten, als es die öffentliche und wissenschaftliche Diskussion vermuten läßt. Der Hinweis auf den noch vorhandenen Abstand der Tariflöhne oder die höheren Arbeitslosenraten überdeckt die Lebenswirklichkeiten der breiten Bevölkerungsmehrheit in Ost und West. Für den materiellen Lebensstandard entscheidend sind die Haushaltseinkommen, und hier gibt es aufgrund der höheren Erwerbstätigkeit im Osten und der schnellen Angleichung der Sozialeinkommen unterhalb der Ebene der Spitzenverdiener eine weitgehende Parallelität in der Einkommensverteilung zwischen Ost und West, die etwa 85% der Bevölkerung betrifft. Noch vorhandene und tiefe Unterschiede gibt es in der Vermögensstruktur, wo naturgemäß die ostdeutschen Haushalte aufgrund der Vorgeschichte etwa im Verhältnis 1 : 3 "benachteiligt" sind und in den oberen Etagen der Einkommenspyramide (10% - 15%), wo zumeist Westdeutsche unter sich bleiben.

In der Ausstattung mit langlebigen Konsumgütern haben ostdeutsche Haushalte die westdeutschen inzwischen eingeholt, in manchen Bereichen gar überholt. Dabei wurde z.B. ein gleicher Ausstattungsgrad mit Telefonen und Pkws innerhalb von fünf

Jahren erreicht, während ein vergleichbarer Entwicklungssprung in Westdeutschland 13 bzw. 15 Jahre gedauert hat. Reisegewohnheiten und -ziele haben sich ebenfalls mit geradezu atemberaubender Geschwindigkeit angeglichen. Gleiches gilt für die Beschäftigungsstruktur; auch hier vollzog sich binnen weniger Jahre, was sich in der alten Bundesrepublik über 25 Jahren hinzog. Die vergleichsweise höhere Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland ist insoweit in erster Linie Resultat der nachvollzogenen Herausbildung einer "Dienstleistungsgesellschaft" sowie der dort weiterhin höheren Erwerbsneigung. Die Erwerbsquote, d.h. der Bevölkerungsanteil, der arbeitet oder (offiziell) arbeiten will, liegt in Ostdeutschland um etwa 2 Punkte höher als im Westen (49% zu 47%). Der in Ost- und Westdeutschland stark ausgeprägte Hang zur Überbetonung materieller Werte scheint mir für manche Überzeichnung von Vereinigungsproblemen verantwortlich zu sein. Hieraus resultieren viele innerdeutsche Schuldzuweisungen und Wahrnehmungsblockaden. Es stehen sich Besitzstandswahrung (West) und Wohlstandsanspruch (Ost) gegenüber, die manchem Beobachter als ein Wechselspiel von kollektiver Selbsterniedrigung (Ost) und kollektiver Selbstverherrlichung (West) erscheinen. Systemspezifische mentale Prägungen sind noch weitgehend erhalten geblieben. Die unterschiedliche, ja zum Teil gegensätzliche Sozialisation in einem pluralistischen und demokratischen bzw. einem diktatorischen System hat zu Verhaltensmustern geführt, die sich nicht innerhalb weniger Jahre annähern konnten. Die Überwindung mentaler Prägungen dürfte - sicherlich generationsbezogen unterschiedlich - noch eine Zeitlang andauern. Vorerst sollten wir diese Differenz anerkennen bzw. mit ihr angemessen umgehen.

Übertragung "sozialistischer Errungenschaften"

Die in Ostdeutschland weit verbreitete Illusion, man könne die Vorteile Ost und die Vorteile West in einem gemeinsamen System zusammenbringen, behindert eine realistische Sicht des Vereinigungsprozesses

und blockiert notwendige politische Reformen. Ich möchte diese Behauptung am Beispiel der Sozialleistungen und des Rechts auf Arbeit kurz illustrieren.

Die versorgende Sozialpolitik der SED zielte auf die Loyalität der Bevölkerung, die sie mangels sonstiger Legitimation zum Machterhalt dringend benötigte, wollte sie ihre Herrschaft nicht nur auf Gewalt gründen. Diese im Verlauf der Jahrzehnte flächendeckend ausgebaute soziale Sicherung erreichte freilich in vielen Bereichen nur ein geringes Niveau und überforderte dennoch die wirtschaftliche Leistungskraft. Sie behinderte Eigeninitiative und Selbstverantwortung und beförderte damit noch einmal zusätzlich den wirtschaftlichen Niedergang. Entgegen den Warnungen einiger Ökonomen und Soziologen hat die SED-Führung an dem Konzept der "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" bis zum Ende festgehalten und damit die überlebensnotwendige Reform des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems verunmöglicht, weil zu viele Ressourcen in den Konsum und zu wenige in die Modernisierung der Wirtschaft flossen.

In sozialen Marktwirtschaften besteht die Schwierigkeit der Sozialpolitik darin, das Spannungsverhältnis zwischen wirtschaftlicher Effektivität und sozialer Sicherheit immer wieder neu auszubalancieren. Übersteigen soziale Ansprüche und Leistungen die Wirtschaftskraft, untergräbt der Sozialstaat letztlich seine eigene finanzielle Basis. Ein überproportionaler Anstieg von Sozialleistungen, wie er z.B. seit 1989 zu verzeichnen ist, mag vordergründig bestimmten sozialen Interessen entgegenkommen, kann mittel- und langfristig aber die Grundlagen des materiellen Wohlstandes untergraben. Die jeweilige Sozialpolitik muß insoweit den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung tragen, wiewohl der alltägliche und gerade wieder aktuelle Streit um die "richtige" Sozialpolitik die Bandbreite möglicher Interpretationen aufzeigt. Auf jeden Fall würde die Übertragung neuer sozialer Rechte das Gleichgewicht zwischen Wirtschaft und Sozialleistungen mit unabsehbaren Folgen belasten.

Aus den genannten Gründen kann auch nicht das in der DDR geltende Recht auf Arbeit, das gleichzeitig eine Pflicht war, ohne schwerwiegende Folgen in das Wirtschafts- und Sozialsystem des vereinten Deutschlands eingeführt werden. Das Recht auf Arbeit setzte eine zentralistische Lohnfestsetzung voraus, d.h. die Verteilung der Arbeit auf alle ging mit der Verteilung einer bestimmten Lohnsumme einher und hatte bekanntlich vergleichsweise niedrige Löhne für alle zur Folge. Eine Übertragung dieses Rechts auf heutige Verhältnisse würde letztlich bedeuten, daß die Tarifautonomie außer Kraft gesetzt werden und eine Neuverteilung von Einkommen mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze einhergehen müßte. Ob die hiermit notwendigerweise einhergehende Nivellierung von Einkommen in der Folge nicht wieder zur Demotivierung leistungsstarker und -bereiter Arbeitskräfte und zu einer niedrigeren Arbeitsproduktivität führen würde, kann zwar vorab nicht belegt, aber doch nach aller Erfahrung vermutet werden.

Aktuelle Problemlagen mit langer Vorgeschichte

Die Neigung, alle Probleme und Schwierigkeiten als vereinigungsbedingt zu charakterisieren, überdeckt, daß die tatsächlichen Herausforderungen, vor denen Deutschland steht, in Umrissen schon vor 1989 sichtbar waren und nun offensichtlich werden. Dies betrifft die gerade angesprochene Verteilung von Arbeit und Einkommen ebenso wie den Umbau des Sozialstaates, die Folgen des europäischen Integrationsprozesses oder die Rationalisierungsstrategien der großen Unternehmen angesichts der Globalisierung der Wirtschaft. Welche Antworten hierauf auch immer gefunden werden, sie dürfen weder ost- noch westdeutsch, sondern müssen gesamtdeutsch sein. Eine häufig dramatisch und manchmal sogar hysterisch ausfallende Kritik des Vereinigungsprozesses resultiert weniger aus einer nüchternen Analyse realer Prozesse oder aus individuellen Erfahrungen, sondern vielmehr aus ideologisch motivierten Interpretationen oder gegenseitigen Wahrnehmungsblockaden. Während

ersteres vornehmlich von der PDS zur Destruktion der deutschen Einheit eingebracht wird, entstehen falsche Sichtweisen des Gegenüber aus einer unzureichenden Kenntnis der jeweiligen Lebenswirklichkeiten. Während viele Ostdeutsche den westdeutschen Wohlstand überschätz(t)en und ihre eigene Situation häufig nicht mit der des westdeutschen Normalbürgers, sondern der Oberschicht vergleichen, interessieren sich die meisten Westdeutschen nur am Rande, und insoweit die deutsche Einheit als ein Problem von Kosten und Lasten thematisiert wird, für Ostdeutsche und ihre Probleme. Es ist diese weitgehende Unkenntnis der Lebenswirklichkeiten, die auch dann noch Probleme schafft, wo es keine gibt.

Schwächen der Vereinigungspolitik

Die Regierung Kohl hat das - weitgehend unbestrittene - Verdienst, die deutsche Einheit schnell herbeigeführt zu haben. Sie hat die Priorität auf einen schnellen sozialen und materiellen Angleichungsprozeß gelegt, aber gleichzeitig die ordnungspolitischen und wirtschaftlichen Probleme unterschätzt. Es ist ihr gelungen, in der DDR benachteiligte und ausgegrenzte soziale Gruppen wie auch das Gros der Arbeitnehmer schnell an das westdeutsche Wohlstandsniveau heranzuführen, wohingegen der wirtschaftliche Umstrukturierungsprozeß weiterhin erhebliche Defizite aufweist. Der fortbestehende Produktivitätsabstand von etwa 50% signalisiert, daß gerade an diesem für die zukünftige Entwicklung wichtigen Punkt der Vereinigungsprozeß stockt. Neben ökonomischen und psychologischen Faktoren (Unterauslastung der Kapazitäten, Verhalten westdeutscher Unternehmen, unzureichende Kapitalausstattung, mentale Anpassungsprobleme der Arbeitnehmer etc.) hat auch die Struktur der nicht gerade unbeträchtlichen Transferzahlungen diese Entwicklung mitbewirkt. Da über 70% der Transfersumme bisher konsumtiver Natur waren - mit dem Schwergewicht auf Sozialleistungen -, verblieben für investive Ausgaben nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank gerade einmal 25% der zurechenbaren

Bruttotransfers. Für die nächsten Jahre wird es von daher notwendig sein, diese anders zu gewichten, denn schließlich wird nur ein sich selbst tragender Wirtschaftsaufschwung die sozialen Probleme langfristig zufriedenstellend lösen können. Konkret könnte dies z.B. die Bereitstellung von mehr Risikokapital, von Lohnkostenzuschüssen statt ABM und einer stärkeren Bevorzugung ostdeutscher Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen bedeuten. Aber jenseits dieser konkreten und noch zu korrigierenden Politik bestand der größte Fehler der Regierungspolitik darin, bei der ostdeutschen Bevölkerung Ansprüche geweckt zu haben, die nun nicht realisierbar sind. Anders läßt sich nicht erklären, warum viele Ostdeutsche über den bisherigen Verlauf des Vereinigungsprozesses trotz der geschilderten materiellen Erfolge enttäuscht sind. Dabei müßte die privilegierte Lage der ostdeutschen Bevölkerung durch einen Blick nach Osten, wo der Lebensstandard der Bevölkerung in den anderen postsozialistischen Ländern nur etwa ein Viertel bis die Hälfte des ostdeutschen Niveaus erreicht hat, Kritiker zum Schweigen bringen.

Der ostdeutsche Blick auf den Vereinigungsprozeß wird aber noch durch einen anderen Aspekt getrübt. Bei nahezu allen Befragungen läßt sich feststellen, daß die individuelle wirtschaftliche oder soziale Situation von etwa zwei Drittel als gut oder sehr gut eingeordnet wird, während die allgemeine wirtschaftliche Lage in annähernd ähnlicher Größenordnung als negativ beurteilt wird. Dieses Phänomen läßt sich nun schon seit mehreren Jahren beobachten und legt die Vermutung nahe, daß die Lage wesentlich besser als die Stimmung ist. Ein weiteres Versäumnis der Vereinigungspolitik möchte ich nicht unerwähnt lassen. Der Verzicht auf gesamtdeutsche Reformen etwa zur Entbürokratisierung, zum Umbau des Sozialsystems, zur Vermögensbeteiligung, zur Vereinfachung des Rechtswesens oder zur Verteilung von Arbeit, die auch schon 1989 dringlich waren, hat dem Vereinigungsprozeß eine Ost-West-Schlagseite gegeben, die vermeidbar gewesen wäre.

Das im Systemwettbewerb sicherlich überlegene westdeutsche System hätte sich damit nicht jeder Kritik entzogen und vor allem den Menschen in Ostdeutschland das Gefühl eines gemeinsamen Projektes gegeben.

Das Mißbehagen an der Einheit

Die von Politikern geweckten oder zumindest beförderten hohen Ansprüche erklären jedoch nur einen Aspekt des Dilemmas, das darin besteht, daß die gewaltigen Erfolge der Vereinigungspolitik gegenüber den zweifellos vorhandenen und dennoch überbewerteten Schwierigkeiten verblassen. Verantwortlich hierfür scheint mir zu sein, daß ein Großteil der ehemaligen DDR-Bevölkerung mangelnde Anerkennung erfährt, ja sogar unter „Kollaborationsverdacht“ gestellt wird. Dies resultiert aus einer Vergangenheitsaufarbeitung, die System- und Lebensgeschichte nicht sorgfältig differenziert und damit der Gleichsetzung von Herrschaftsstrukturen und individueller Lebenswirklichkeit bzw. von Tätern, Mitläufern und Opfern Vorschub leistet. Leider muß konstatiert werden, daß es der PDS vielerorts gelungen ist, die Kritik an der Diktatur und den Verantwortlichen als Angriff auf die gesamte DDR-Bevölkerung umzumünzen. Aber es gibt nicht **die** Ostdeutschen, wie es auch keine ostdeutschen Sonderwege geben sollte, die doch nur das zementieren bzw. wiederaufreißen, was die Vereinigungspolitik beseitigen wollte: die deutsche Spaltung.

Als Fazit bleibt mir abschließend nur die Feststellung, daß der deutsche Vereinigungsprozeß bisher erfolgreicher abgelaufen ist, als es die öffentliche Diskussion und die Umfrageergebnisse nahelegen. Ein Zurück in die DDR will nur eine kleine Minderheit der ostdeutschen Bevölkerung und nicht einmal die Mehrzahl der PDS-Wähler. Wir sollten nun beginnen, die gewiß nicht gering zu schätzenden Herausforderungen als gesamtdeutsche zu begreifen und den Sturz des SED-Regimes und die darauffolgende deutsche Vereinigung auch einmal als das würdigen, was sie letztlich war: die Befreiung der ostdeutschen Bevölkerung von einer Diktatur und die

Wiederherstellung der deutschen Einheit in einem demokratischen und freiheitlichen Staat, der nicht mehr nach Sonderwegen trachtet, sondern in das westliche Bündnis und den europäischen Einigungsprozeß eingebettet bleibt. Dies ist viel mehr, als man nach 45 Jahren deutscher Teilung erwarten konnte und relativiert die jetzt auftretenden Probleme des Vereinigungsprozesses als vorübergehende Erscheinung.